

01/09

07. Januar 2009
MS

Geschäftsbericht zur Wahlperiode 2005 bis 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gerne geben wir euch den Geschäftsbericht der Vorstandsbereiche Schule und Stellvertretende Vorsitzende zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, which reads 'Marianne Demmer'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Marianne Demmer

An: GV, AG2/3 und Bundesfachgruppenausschüsse des VB Schule, BAMA, AJUM-Vorstand, DDS-Redaktion

GESCHÄFTSBERICHT zur Wahlperiode 2005 bis 2009

Inhalt:

Vorbemerkung

1. Einleitung: Schulpolitische Tendenzen

2. Arbeitsschwerpunkte Vorstandsbereich Schule

2.1 Umsetzung und Weiterentwicklung der Schulpolitischen Positionen

- 2.1.1 Eine Schule für alle**
- 2.1.2 Qualität**
- 2.1.3 Selbstständigkeit von Schule**
- 2.1.4 Ganzttag**
- 2.1.5 Professionelles Selbstverständnis**
- 2.1.6 Projekt Heterogenität**

2.2 Weitere und aktuelle Themenschwerpunkte

- 2.2.1 Recht auf Bildung / Inklusion**
- 2.2.2 Individuelle Förderung – „Fördern und Fordern“**
- 2.2.3 Migration und Sprachförderung**
- 2.2.4 Privatisierung**
- 2.2.5 Bildungsökonomie**
- 2.2.6 Schule und Arbeitswelt / Berufsorientierung**
- 2.2.7 Nachhaltigkeit**
- 2.2.8 Medien**

3. Arbeitsschwerpunkte Stellvertretende Vorsitzende

3.1 Recht auf Bildung / Inklusion

3.2 Migration und Sprachförderung

3.3 Bildung für nachhaltige Entwicklung

3.4 GEW als Anbieterin beruflicher Fortbildung

4. Vorstandsbereichsübergreifende und sonstige Aktivitäten

*Jugendhilfe und Schule * LehrerInnenbildung / Gemeinsame PädagogInnen-Ausbildung **
*Arbeitsplatz Schule * Internationale Aufgaben und Aktivitäten*

5. GEW-interne Zusammenarbeit, Außenvertretungen, Kooperationsbeziehungen

6. Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen, Informationen, Veranstaltungen

7. Aufgabenschwerpunkte der nächsten Wahlperiode

Vorbemerkung

Im Berichtszeitraum wurde der Vorstandsbereich Schule nunmehr in der dritten Wahlperiode von Marianne Demmer als gewähltem Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes geleitet. Marianne Demmer war zudem stellvertretende Vorsitzende der GEW. Die Stellvertreterfunktion wird zusätzlich zum jeweiligen Vorstandsamt ausgeübt. Die dazugehörigen vorstandsbereichsübergreifend angelegten Arbeitsschwerpunkte sind unter Nr. 3 gesondert aufgeführt.

Als Mitarbeiterinnen gehören dem Vorstandsbereich an: Martina Schmerr als Referentin, Edda Bühler und Anna Meisner im Sekretariat sowie Simone Balzer zur Unterstützung der Stellvertretenden Vorsitzenden bei Sekretariatsarbeiten. Für weitere Informationen siehe auch die Berichte der allgemein schulischen Bundesfachgruppen, der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien sowie der Redaktion der DDS (Die Deutsche Schule). Diese Gremien und Gruppen, denen wir an dieser Stelle herzlich für die Zusammenarbeit danken, sind dem Vorstandsbereich Schule zugeordnet und arbeiten sowohl eigenständig wie in Kooperation mit dem Vorstandsbereich.

1 Einleitung: Schulpolitische Tendenzen

Folgende schulpolitische Entwicklungen kennzeichnen die Jahre 2005 bis 2008:

- **Krise und Kritik des Schulwesens**

Die Kritik am deutschen Schulwesen – insbesondere in Folge der verschiedenen internationalen Vergleichsstudien - lässt nicht nach. Die diskutierten Krisensymptome reichen von erschreckenden Befunden zur Chancengleichheit, einer unzumutbar hohen Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss, einem viel zu geringen Abiturienten- und Akademikeranteil bis hin zur angeschlagenen Attraktivität des Lehrerberufs, Lehrermangel, große Klassen, unzureichender Ausstattung und oft einem teilweise erbärmlichen Zustand von Schulgebäuden. Die Diskussion über Notstände im Schulwesen und Schulpolitik wird in den letzten Jahren in nahezu allen gesellschaftlichen Zusammenhängen und Gruppen geführt und ist insbesondere in Wahlkampfzeiten zum „A-Thema“ geworden. Andererseits lässt sich auch beobachten, dass die Diskussion teilweise weniger ideologisiert und weniger polar geführt wird. Eltern sorgen sich um die Zukunftsperspektiven ihrer Kinder und gründen Initiativen für ein inklusives Schulwesen. Schülerbündnisse fordern die Eine Schule für alle und gehen gegen den Lehrermangel und den Leistungsdruck im Gymnasium auf die Straße. Teile der Kirchen kritisieren die Brutalität der schulischen Selektion und Wirtschaftsverbände bangen um ihren Nachwuchs. Die öffentlichen Bildungsdiskussionen haben somit dazu beigetragen, den Hauptproblemen - mangelnde Leistungsfähigkeit vor allem im *unteren Leistungsviertel*, eine massive *herkunftsbedingte Chancenungleichheit* und die *Gefährdung des sozialen Zusammenhalts* – einen festen Platz auf der gesellschaftlichen und politischen Agenda zu sichern.

- **Krise der Schulstruktur**

Neben der Kritik am deutschen Schulwesen haben insbesondere der Rückgang der Schülerzahlen und die abnehmende Akzeptanz der Hauptschule Bewegung in die Schulstrukturdiskussion gebracht. In einigen Bundesländern gibt es mittlerweile eine Tendenz zur Zusammenfassung von Schulformen im Sekundar-I-Bereich und zur Einführung neuer Schulformen (z.B. Gemeinschafts- oder Stadtteilschulen.). Die Strukturreformen sind jedoch höchst unterschiedlich ausgestaltet und in der Regel unzureichend mit Ressourcen wie auch pädagogisch untersetzt. Außerdem bleiben sie beim ersten Schritt stehen: so werden in der Regel weder die Bildungsgänge integriert noch werden Gymnasien und Förderschulen in die Reform einbezogen. Indessen wird Chancengleichheit - aus unterschiedlichen Motiven - in Wirtschaft, Kirchen und Gewerkschaften als

zentraler Wert und Aufgabe der Schulpolitik wahrgenommen. Die wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis, dass Chancengleichheit und damit das umfassende Recht auf Bildung mit früher Selektion nicht erreicht wird, wird Alltagswissen. Die „individuelle Förderung“ haben sich zwar mittlerweile alle Länder auf die Fahnen geschrieben. Das Verständnis von individueller Förderung bleibt jedoch höchst unterschiedlich und zum Teil sehr fragwürdig: Der Blick aufs Ganze, die gemeinsame Zielrichtung wie auch der Blick auf alle Schülerinnen und Schüler in ihrer Individualität fehlen. Solange im deutschen Schulwesen eine hohe Zahl von Kindern in Förderschulen aussortiert oder bereits im Alter von zehn Jahren auf verschiedenwertige Schulformen verteilt und Lehrkräfte immer noch im Hinblick auf verschiedene Begabungstypen (Schulformen) ausgebildet werden, sind der individuellen Förderung Grenzen gesetzt. Auftrieb hat die Diskussion über die Ungerechtigkeit des deutschen Schulwesens zudem durch die UN erhalten, die das deutsche Schulwesen im Hinblick auf die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung geprüft hat. Bis dahin hatte die Menschenrechtsdebatte im deutschen Bildungswesen keine große Rolle gespielt.

- **Nach- und Nebenwirkungen von PISA**

Seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie im Jahr 2001 ist das Schulwesen mit einer Fülle von zum Teil widersprüchlichen Reformen überzogen worden. Viele davon wurden als PISA-Konsequenz ausgegeben, obwohl sie sich nicht aus den Befunden ableiten lassen. Vor allem in der Sekundarstufe I, wo vorhandene Probleme massiv verstärkt werden oder überhaupt erst beginnen, wurden keine breit angelegten Maßnahmen z.B. zur Leseförderung der unteren Leistungsgruppen durchgeführt. Die Selektion wurde in den ersten Jahren nach PISA sogar vielfach noch verschärft. Zumindest das Tabu, das die Kultusminister/innen über die Schulstrukturdebatte verhängt hatten, ist mittlerweile vollends gebrochen. Im Laufe der drei PISA-Runden (2000/2003/2006) ließ sich indessen beobachten, dass sich die internationalen Studien jeweils besser für die schulpolitischen Ziele der GEW nutzen lassen als die nationalen. Die Bundesländervergleiche haben in der Regel den Blick von den zentralen Problemen abgelenkt und – was etwa die Chancengleichheit betrifft – zu einem „Roll-back“ der Diskussion geführt, welches sich mitunter in gegenseitigem Schulterklopfen und einem oberflächlichen Kräfteressen der Bundesländer äußerte. Die negativen Folgen – vor allem der PISA-E-Studien – bestanden etwa in bewussten Fehlinterpretationen und politischer Instrumentalisierung der Daten. Von einer bundesweiten gemeinsamen Strategie für die Bearbeitung der Hauptprobleme des deutschen Schulwesens kann indessen immer noch keine Rede sein. Den größten Raum unter den PISA-Konsequenzen nimmt bundesweit der Bereich „Qualitätssicherung“ ein. Testen, Messen und Kontrollieren scheint für zahlreiche Bildungspolitiker/innen ein Allheilmittel der Schulpolitik zu sein. Als Aufgabe stellt sich daher weiterhin, Chancengleichheit zur Leitkategorie der PISA-Konsequenzen zu machen, die Impulse der Studien für eine konsequente Schulreform zu nutzen und Datenmissbrauch, politischer Instrumentalisierung und einem verengten Qualitätsverständnis entgegen zu treten.

- **Tendenzen der offiziellen Qualitätsdebatte**

Mit der Gründung des Instituts für Qualitätsentwicklung (IQB) und einer Vielzahl von Standard-Beschlüssen für verschiedene Schulstufen und -formen hat die KMK ihr zentrales Handlungsfeld nach PISA „Qualitätssicherung“ untersetzt. Die Fragen, wer für das Erreichen von Standards verantwortlich ist und wo dabei die Gerechtigkeit bleibt, sind indessen ebenso ungeklärt wie das Verhältnis von Aufwand und Ertrag und die Evaluation der Wirksamkeit. Die Chancen von Standards, die zum Beispiel in einer Förderorientierung oder einer kompetenzbasierten Sicht auf Lernprozesse liegen, lassen sich auf diese Weise nicht umsetzen. Dem Eindruck, die Bundesländer zögen strategisch nicht an einem Strang, hat die KMK vor allem durch den gemeinsamen Beschluss zum Bildungsmonitoring versucht entgegen zu treten. Die GEW hat diesen Beschluss kritisiert. Zum einen werden die Schulen danach in Zukunft mit einer übergroßen Fülle an Tests und Bildungsinformationen konfrontiert. Dabei sind in vielen Bundesländern weder die Ziele, die Funktion und das Verhältnis verschiedener Qualitätssteuerungsinstrumente zueinander geklärt (zentrale Abschlussprüfungen, Vergleichsarbeiten, Bildungsstandards, Lehrpläne, Schulprogramme, Schul-TÜV, Schulinspektion), was zum Teil zu einer schädlichen Vermischung von Monitoring und Prüfung führt und einem „teaching to the test“

Vorschub leistet. Zum anderen besteht bei den bundesweiten Vergleichsarbeiten die Gefahr des Rankings. Öffentliche Rankings sind jedoch unseriös und ungerecht und der Qualitätssicherung des Schulwesens nicht zuträglich. Die Einordnung Deutschlands in internationalen Entwicklungen ist nach Ansicht der GEW jedoch nach wie vor geboten.

- **Ökonomisierung, Privatisierung und Deprofessionalisierung**

Teile der Wirtschaft machen mittlerweile kein Geheimnis mehr daraus, dass die gesamte Diskussion der letzten Jahre um Schulautonomie, Qualität, Effizienz und Wettbewerb lediglich der Auftakt für die Diskussion um die (Teil-) Privatisierung des Schulwesens ist. Letztlich geht es um die Frage, ob die allgemeine Schulbildung weiterhin ein öffentliches Gut sein oder eine handelbare Ware / Dienstleistung werden soll.

Die anhaltende Unterfinanzierung des Schulbereichs drängt Schulen und Kommunen zur Suche nach weiteren Finanzierungsmöglichkeiten, die zum Beispiel in Sponsoring und (Teil-) Privatisierungsmaßnahmen gesucht werden. Die Tendenz, Kosten auf Eltern und Lehrkräfte abzuwälzen, hat nicht nachgelassen. Auch im Bereich Unterrichtsmaterial, Fortbildung und Personal- und Unterrichtsversorgung sind Privatisierungstendenzen zu beobachten. Auf unterschiedlichen Wegen versucht zudem die Wirtschaftslobby ihren Einfluss im allgemein bildenden Bereich zu stärken. Die Trennung zwischen „Staat“ und „Markt“ ist dabei nicht immer leicht zu ziehen: oft handelt es sich bei den Tendenzen um ein Mischsystem aus staatlichen, privaten und öffentlichen Akteuren, die marktwirtschaftlich organisiert sind, aber staatlich kontrolliert werden. Transparenz und klares politisches Handeln werden zudem in der Praxis durch die Janusköpfigkeit vieler Elemente des neoliberalen Wettbewerbsmodells erschwert (Beispiel „Selbstständige Schule“). Bildung und Ökonomie sind und bleiben jedoch ein schlechtes Paar: In einer Schule als Wirtschaftsraum, Markt oder Betrieb sind das Menschenrecht auf Bildung, ein umfassender Bildungsanspruch, gleiche Chancen, sozialer Zusammenhalt und eine demokratische Entwicklung nicht zu verwirklichen.

- **Last und Lust des Lehrberufs**

Besonders in den letzten Jahren sehen sich Lehrerinnen und Lehrer mit einer Fülle von schulpolitischen Maßnahmen und Konzepten konfrontiert, die sie in kürzester Zeit umsetzen sollen. Hinzu kommt, dass sich Hektik mit zu geringen Mitteln und Ressourcen paart, dass es keine entsprechende Qualifizierung gibt und dass vor allem auch die grundsätzliche Richtung nicht klar ist. Diejenigen, die ihr berufliches Handeln den geänderten Anforderungen anpassen wollen – und das sind viele – bewegen sich auf einem schmalen Grat zwischen professioneller Selbstachtung, Selbstaussbeutung, Resignation und Stagnation. Sie müssen sich zudem vor maßlosen Erwartungen schützen. In der Öffentlichkeit und bei deutschen Politikern herrscht die Neigung, alle ungelösten Probleme den Schulen und Lehrkräften aufzubürden und dabei eine systemische Sicht strikt zu meiden aus Angst, auf schulstrukturelle oder finanzielle Fragen zu stoßen. Lehrerinnen und Lehrer sollen moderne Pädagogik in einem veralteten und unterfinanzierten System verwirklichen. Die Skepsis gegenüber pädagogischen und strukturellen Reformen ist daher in der Lehrerschaft nach wie vor weit verbreitet. Sie nimmt möglicher Weise sogar zu. Andererseits gibt es in der Lehrerschaft eine große Bereitschaft, den eigenen Unterricht und die eigene pädagogische Praxis weiter zu entwickeln. Von der GEW wird erwartet, dass sie sich vor allem auf die Verbesserung der unmittelbaren Arbeitsbedingungen konzentriert. Dabei wird manchmal übersehen, dass sich die GEW dauerhaft glaubwürdig und erfolgreich für die Verbesserung der Qualität des Lern- und Arbeitsortes Schule nur engagieren kann, wenn sie als Bezugspunkt überzeugende schulpolitische Konzepte und strategische Ziele hat.

- **Flickenteppich Föderalismus**

In der ablaufenden Wahlperiode wurde in Deutschland sehr kontrovers über die so genannte Föderalismusreform debattiert und hier vor allem über die Pläne, nahezu alle bildungspolitischen Kompetenzen in die Bundesländer zu verlegen und selbst Kooperationen zwischen Bund und Ländern zu verbieten. Ende Juni 2006 beschlossen Bundestag und Bundesrat entsprechende Grundgesetzänderungen. Für die Bildungspolitik ergibt sich danach ein

nahezu undurchdringlicher Zuständigkeitswirrwarr bei gleichzeitig enormen Unterschieden. Bereits heute driften die Bundesländer bei fast allen wichtigen Indikatoren für Chancengleichheit auseinander: Bei den Kosten, die Eltern für Bildung aufbringen müssen, bei den Zugangsbedingungen zu Bildungseinrichtungen, bei den Lernergebnissen, bei den Unterrichtsstunden oder bei den Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Derzeit ist völlig unklar, ob und wie in Deutschland diese Prozesse in Richtung „auf mehr Egalität“ gesteuert werden können. Der von konservativen Politikern beschworene Wettbewerbsföderalismus wird dazu mit Sicherheit nicht in der Lage sein. Diese Umstände werden auch in Zukunft ein großes Hemmnis bei der Umsetzung des Rechts auf Bildung und Ausbildung darstellen. Wie Deutschland zu einer gesamtstaatlichen Verantwortung für Bildung und zu klaren strategischen Zielen für ein konsistentes Konzept von Bildung, Erziehung und Betreuung kommen kann – und zwar auf der Grundlage der Leitkategorien Qualität, Chancengleichheit, Demokratie und Nachhaltigkeit – bleibt also weiterhin eine zentrale Frage im Hinblick auf ein zukunftsfähiges Schulsystem.

2 Arbeitsschwerpunkte des Vorstandsbereichs Schule

2.1 Umsetzung und Weiterentwicklung der Schulpolitischen Positionen

2.1.1 Eine Schule für alle

Die Schulstrukturfrage ist in der praktischen Politik und an der Basis angekommen - und entwickelt dort eine erstaunliche Dynamik. Die Tabuisierung der frühen Selektion seitens der offiziellen Politik konnte also endgültig gebrochen werden. Menschen, Verbände, Organisationen und Initiativen verschiedenster Couleur und gesellschaftlicher Herkunft befassen sich seit ein paar Jahren intensiv mit Strukturfragen und melden sich in der bildungspolitischen aber auch in der regionalen Schulentwicklungsdiskussion zu Wort.

Im Auftrag des letzten Gewerkschaftstags hat der Hauptvorstand 2005 unter anderem die Entwicklung von Leitlinien sowie von Umsetzungsstrategien und die Klärung offener Fragen wie etwa die Bewertung von zweigliedrigen Systemen beschlossen. Auch erwuchs daraus der Auftrag, Erfahrungen zum Umgang mit Heterogenität zugänglich machen, das Netzwerk Heterogenität und Fortbildungsangebote auszubauen sowie zur Vernetzung beizutragen. Insgesamt ging und geht es darum, unter Berücksichtigung der länderspezifischen Besonderheiten die gesellschaftlichen, politischen und pädagogischen Voraussetzungen für einen Systemwechsel zu schaffen.

Vor dem Hintergrund der Tendenz in einigen Bundesländern, zweigliedrige Systeme einzurichten, hat die GEW intensiv und zum Teil kontrovers die Frage der Bewertung solcher Modelle diskutiert. Im Ergebnis schätzt sie die Zweigliedrigkeit als eine „falsche Weichenstellung“ ein, da sie die grundlegenden Probleme des gegliederten Schulsystems nicht löst und keine Perspektive für ein inklusives Schulsystem bereit hält. Gleichwohl stellt sich die GEW den jeweiligen Konstellationen in den Bundesländern: Sie entwickelt Konzepte und Strategien, wie in einem Land, einer Region oder einem Stadtteil das bestehende Schulnetz in Richtung Einer Schule für alle weiter entwickelt werden kann und unterstützt einschlägige Initiativen.

Mit zahlreichen Informationen, Schriften, Presseaktivitäten, Veranstaltungen (zum Beispiel die viel beachtete Göttinger Konferenz „Schulstruktur in Bewegung - Mentalitäten im Wandel?“ in 2007) und letztlich mit unseren Aktivitäten zum Professionellen Selbstverständnis und zum Umgang mit Heterogenität haben wir zur GEW-internen Positionsfindung, zur öffentlichen Diskussion, zur Vernetzung verschiedener Akteure, zur Qualifizierung von Mitstreiter/innen beigetragen und deutlich gemacht: Die GEW sucht eine breite gesellschaftliche Basis für ihre schulpolitische Programmatik und leistet ihren Beitrag zur Akzeptanzbeschaffung und dem notwendigen Mentalitätenwechsel für die Eine Schule für alle. Sie führt keine „isolierte“ Strukturdebatte, sondern sieht „Struktur und (Lern- und Schul-) Kultur“ im Zusammenhang, Sie nimmt die Lehrerinnen und Lehrer sowohl in ihrer Professionalität wie auch in ihren Bedenken ernst und trägt aktiv zu ihrer Professionalisierung bei.

Die GEW ist seit vielen Jahren Mitglied der Initiative Länger gemeinsam lernen, die mittlerweile 18 Organisationen und Vereine unter ihrem Dach versammelt und einen Erfahrungsaustausch sowie Aktivitäten koordiniert. Zu nennen sind hier beispielsweise das Bildungsfest „Länger gemeinsam lernen“ mit Rita Süßmuth (2005) oder die gemeinsame Fachtagung zur „PISA-Lupe“ (2006). Beide Veranstaltungen wurden durch den Vorstandsbereich Schule wesentlich mit vorbereitet. Im Jahr 2008 hat der Vorstandsbereich Schule auf der Grundlage eines Auftrags des Hauptvorstands eine breite Palette von Initiativen zur Einen Schule für alle, zum Längeren gemeinsamen Lernen oder zur Gründung von Gesamtschulen nach Hamburg eingeladen und damit eine schwierige aber produktive Verständigungs- und Vernetzungsarbeit auf den Weg gebracht. Mit dieser Veranstaltung aber auch durch die durch Anzeigen begleitete Publikation und bundesweite Unterschriftensammlung „Keine halben Sachen“ hat der Vorstandsbereich Schule das Hamburger Volksbegehren „Eine Schule für alle“ engagiert unterstützt. Zudem sei noch erwähnt, dass durch die intensiven schulpolitischen Arbeitsbeziehungen zur DGB-Initiative Schule und Arbeitswelt zu einer konsensualen Beschlusslage des DGB-Bundeskongresses 2006 zur Einen Schule für alle beigetragen werden konnte.

Die Umsetzung der GEW-Positionen zur Einen Schule für alle ist gewissermaßen ein „Dauerauftrag“, ein fortlaufender Prozess, der bei weitem noch nicht abgeschlossen ist. Perspektiven der Weiterarbeit bestehen etwa auf dem Feld der inneren Ausgestaltung der Einen Schule für alle bzw. der neuen Gemeinschaftsschulen, der Verbesserung der nötigen Rahmenbedingungen und Unterstützungssysteme, der Klärung rechtlicher Möglichkeiten, den Systemwechsel zu befördern bis hin zu den Fragen einer einheitlichen Ausbildung und Bezahlung von Lehrkräften sowie dem Ausbau der Bündnispolitik.

2.1.2 Qualität

Im Rahmen der durch den letzten Gewerkschaftstag beschlossenen „Bildungspolitischen Reformpositionen“ hat die GEW die „Erarbeitung von gemeinsamen Kriterien und Verfahren für Qualitätsentwicklung in den Bildungseinrichtungen“ zu einem Schwerpunkt erhoben. Im Auftrag des Gewerkschaftstags hat der Hauptvorstand im Jahr 2005 im Zuge der Weiterentwicklung der Schulpolitischen Positionen der GEW Grundsätze, Prozesskriterien und Indikatoren der Qualitätsentwicklung formuliert. Der Geschäftsführende Vorstand hat dem Hauptvorstand überdies einen Antrag zum Thema Evaluation zur Weiterleitung an den Gewerkschaftstag vorgelegt. Dieser versteht sich als Ergänzung und Konkretisierung der Gewerkschaftstagsbeschlüsse „Selbstständige Schule“ und „Qualität entwickeln“ von 2005 und formuliert Ziele, Kriterien und Möglichkeiten einer förderorientierten Evaluation des allgemein bildenden Schulwesens.

In zahlreichen Zeitschriftenbeiträgen, Pressekonferenzen und Podiumsdiskussionen konnte die GEW ihre Qualitätsphilosophie und Forderungen transportieren. Die PISA-, IGLU- und OECD-Studien hat der Vorstandsbereich Schule mit Informationen, Positionen und Veranstaltungen weiterhin intensiv und kritisch begleitet. Für die Aktivitäten der Bundesebene seien noch der Boykottaufruf und der Rechtsstreit zur Schuldatenbank von FOCUS-Schule (2008) genannt und die GEW-Stellungnahme zum Entwurf einer Gesamtstrategie der Kultusministerkonferenz zum Bildungsmonitoring (2007).

Der Rechtsstreit zwischen FOCUS Schule und der GEW zum Gebrauch des Begriffes „Schulranking“ endete am 12. Juni 2008 vor dem Münchener Landgericht mit einem für die GEW vorteilhaften Vergleich. FOCUS Schule scheiterte mit dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die GEW. Auf höchst fragwürdige Weise hatte das Magazin Informationen bei Schulen abgefragt und befürchtet, der Begriff „Ranking“ könne ein negatives Licht auf die Umfrage werfen. Zurecht: Die Teilnahmequote an der Umfrage lag im einstelligen Prozentbereich. In der GEW-Stellungnahme zum KMK-Bildungsmonitoring hat die GEW internationale Leistungsvergleiche wie IGLU und PISA prinzipiell positiv bewertet, ebenso eine kontinuierliche Bildungsberichterstattung. Kritik aber übt sie am Bundesländervergleich und an den flächendeckenden Vergleichsarbeiten. Die GEW konnte die vorhandenen Daten für die eigene Politik (z.B. für die Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen und gleichen Bildungschancen für Arbeiter- und Migrantenkinder) gut nutzen,

hat aber auch – vor allem mit Blick auf die PISA-Bundesländerstudien – mehrfach die Forderung vertiefender regionaler Analysen und einer qualitativen Ursachen- und Wirkungsforschung eingebracht.

Für die nächsten Jahre ist mit einer Fülle weiterer Leistungsvergleiche, Tests und Vergleichsarbeiten auf der Basis der KMK-Bildungsstandards zu rechnen. Insbesondere mit Blick auf die geplanten bundesweiten Vergleichsarbeiten sind auch Schulrankings für die Zukunft zu befürchten. Für die kommenden Jahre gilt es, Datenmissbrauch, politische Instrumentalisierung und Schulrankings zu bekämpfen. Ein umfassendes Qualitätsverständnis, eine förderorientierte Strategie der Schul- und Qualitätsentwicklung, die Unterstützung von Schulen/Lehrkräften durch Fortbildung, Zeitressourcen, Unterstützung bei der Durchführung und Auswertung der Tests und beim Umgang mit den Daten sowie ein Justieren des Verhältnisses von Aufwand und Ertrag bleiben also auf der Agenda. Einer pädagogischen Verarmung und Ökonomisierung von Schulen im Zuge der verengten Sicht auf Qualität und einer nur am Output orientierten Steuerung muss Einhalt geboten werden.

2.1.3 Selbstständigkeit von Schule

In den Gewerkschaftstagsbeschlüssen von 2001 und 2005 haben wir als GEW verlangt, dass selbstständige(re) Schulen unter dem Primat der Pädagogik stehen und der Demokratisierung von Schulen dienen müssen. Wichtige Entwicklungsziele wie die Verbesserung von Qualität und Chancengleichheit sollen für die Einzelschule, aber auch für das Schulsystem als Ganzem gelten. In der Praxis sind wir allerdings mit Entwicklungen konfrontiert, die den Vorstellungen der GEW teilweise oder gar grundsätzlich widersprechen.

Teilweise wird den Schulen die neue Selbstständigkeit verordnet, ohne dass die Evaluationsergebnisse der Modellprojekte bekannt und diskutiert worden wären. In der Vergangenheit mussten wir als GEW oft erleben, dass unsere fortschrittlichen pädagogischen Ideen und Forderungen bei ihrer Umsetzung mit Mehrbelastung der Beschäftigten erkaufte wurden, ohne dass befriedigende und entlastende Effekte die Bilanz ins Gleichgewicht gebracht hätten. Die „selbstständige Schule“ hat sogar das Potenzial, die Chancengleichheit weiter zu vergrößern und kann als Einstieg in die Privatisierung des gesamten Schulwesens dienen. Zudem wird sie als Vorwand zur Deregulierung und Entprofessionalisierung der Beschäftigungsverhältnisse sowie zum Abbau von Partizipation und Mitbestimmung genutzt. Es wird zunehmend deutlich, dass mit dem Konzept „Selbstständige Schule“ ganz unterschiedliche Ziele verfolgt werden können, und dass mit der am Output orientierten Steuerung Verfahren einher gehen, die in ihrem bürokratischen Aufwand die alten Zeiten noch übertreffen können.

Der Vorstandsbereich Schule hat sich durch öffentliche Stellungnahmen und Synopsen zum Stand der Implementierung in den Bundesländern in die Diskussion eingebracht. Das Konzept „Selbstständige Schule“ muss sich daran messen lassen, ob in Deutschland Fortschritte bei Qualität und Chancengleichheit insgesamt erzielt werden, ob es dazu beiträgt, den Anteil der so genannten Risikoschüler wesentlich zu verkleinern und die junge Generation für die Demokratie zu gewinnen. Unterrichtsentwicklung, gute Lern- und Arbeitsbedingungen und ein gutes regionales Unterstützungssystem sind absolut notwendig für das Gelingen.

2.1.4 Ganzttag

In den letzten Jahren haben sich - auch unter dem Eindruck des „PISA-Schocks“ - erhebliche Meinungsverschiebungen vollzogen. So ist mittlerweile eine deutliche Mehrheit der Lehrkräfte für die Einrichtung von Ganztagschulen, was Ende der 90er Jahre noch nicht der Fall war. Diese Entwicklung entspricht einem gesellschaftlichen Trend, in dessen Folge die Ganztagschule aus unterschiedlichen Gründen zunehmend als geeignetes Mittel zur Lösung verschiedener Probleme angesehen wurde: Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Verwirklichung von Chancengleichheit durch individuelle Förderung. Ganztagschulen haben in dieser unklaren schulpolitischen und für Lehrerinnen und Lehrer schwierigen Situation eine Statthalterfunktion für Schulreform bekommen.

Der Vorstandsbereich Schule hat auf der Basis der GEW-Grundsatzposition zu Ganztagsangeboten (2001) in

zahlreichen Stellungnahmen, Artikeln und Pressemeldungen stets die pädagogische Bedeutung von Ganztagschulen und die Notwendigkeit hoher Qualitätsstandards betont. In den letzten Jahren hat – hauptsächlich durch den Impuls des Investitionsprogramms der Bundesregierung (IZBB-Programm) - die Zahl der Ganztagsangebote zwar zugenommen, allerdings weist der allgemeine Trend weiterhin in Richtung unverbundener Nachmittagsangebote und Billiglösungen. 2009 läuft das IZBB-Programm aus. Prozentual können derzeit fast 20 Prozent der schulpflichtigen Schülerinnen und Schüler auch nachmittags in ihrer Schule sein. Das Engagement der Bundesländer und die Versorgungsquote ist bundesweit jedoch sehr unterschiedlich. Der Bedarf, den wir bei deutlich über 50 Prozent – Tendenz steigend - veranschlagen, ist in keinem der Länder annähernd gedeckt. Inwieweit die Länder auch ohne die Unterstützung des Bundes zukünftig Ganztagsplätze einrichten, ist jedoch fragwürdig. Bund und Länder müssten auch weiterhin an einem Strang ziehen, wenn diese Entwicklungen befördert und ausgewogen gestaltet werden sollen.

Für gemeinsames und koordiniertes Handeln von Bund und Ländern hat sich die GEW im Rahmen der Diskussion um die Föderalismusreform stets eingesetzt. Leider haben sich das Parlament und die Bundesregierung hier der eigenen Handlungsmöglichkeiten beraubt. Auf der Tagesordnung stehen also weiterhin die Angleichung der Lebensverhältnisse in den Bundesländern und der weitere Ausbau von Ganztagschulen. Eine weitere große Herausforderung besteht in der Erhöhung der Qualität: hierzu gehört der Ausbau gebundener Formen mit überzeugendem pädagogischem Konzept ebenso wie verbesserte Rahmenbedingungen, eine bessere personelle Ausstattung und die Weiterentwicklung der gleichberechtigten Kooperation von Jugendhilfe und Schule. In diesem Zusammenhang hat der Vorstandsbereich Schule an der Publikation „Arbeitsplatz Ganztagschule. Handreichung für die sozialpädagogische Arbeit an Ganztagschulen“ des Vorstandsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit mitgewirkt („Sozialpädagogik trifft Schulpädagogik – Ganztagschulen als Herausforderung für die Zusammenarbeit der pädagogischen Professionen“, 2008). Nach dem „ABC der Ganztagschule“ ist dies eine weitere gemeinsam vertretene Handreichung der beiden Vorstandsbereiche.

Ganztagschulen stellen eine Herausforderung an das professionelle Selbstverständnis der pädagogischen Professionen dar. Im Prinzip gibt es noch nicht DIE Lehrerinnen und Lehrer an Ganztagschulen, sondern solche an Gymnasien, Grund-, Real-, Haupt-, Regel-, Mittel-, Regional-, Gesamt- und Sonderschulen mit Ganztagsbetrieb. Die Berufsbilder sind deutlich unterschiedlich. So findet an bayerischen Gymnasien mit Ganztagsbetrieb zum Beispiel nur „klassischer“ Schulunterricht statt, weil nachmittags die Schulzeitverkürzung um ein Jahr kompensiert wird. Anderswo haben Lehrerinnen und Lehrer mit dem Ganztagsbetrieb nichts zu tun, weil Unterricht nur morgens stattfindet und nachmittags Betreuung durch anderes (nicht immer pädagogisch qualifiziertes) Personal erfolgt. Der Vorstandsbereich Schule hat sich in diesem Zusammenhang an dem Buch „Ein neuer Beruf? Lehrerinnen und Lehrer an Ganztagschulen“ (Hg. von Dieter Wunder, 2008) an dieser Diskussion beteiligt.

2.1.5 Professionelles Selbstverständnis

Im Kontext der bildungspolitischen Reformpositionen hat der Gewerkschaftstag 2005 unter anderem die „Sicherung und Weiterentwicklung der Professionalität im Bildungswesen“ als „Schwerpunkt der weiteren Programmarbeit“ beschlossen. In diesem Zusammenhang ist es von zentraler Bedeutung, dass zum einen die strategischen Ziele des Schulsystems geklärt werden, damit es verlässliche Grundlagen für den schulischen Alltag gibt und die Unsicherheit unter Lehrkräften beendet wird und dass zum anderen Lehrerinnen und Lehrer als Experten von Lehr- und Lernprozessen ernst genommen und nicht als Ausführende von Verwaltungsvorschriften begriffen werden. Die schulpolitischen Entwicklungsvorhaben wie etwa die Einrichtung von Ganztagschulen, der Grundsatz individueller Förderung oder auch die Einführung von Gemeinschaftsschulen müssen professionell vorbereitet werden. Die Transformation zu einem inklusiven Schulsystem kann nur gelingen, wenn in der (angehenden) Lehrerschaft ein entsprechendes Berufsverständnis bekannt und gewollt ist, diskutiert und professionell praktiziert wird. Für die GEW kommt es auch weiterhin darauf an, als kompetente und kreative Stimme in schulpolitischen wie auch in professionellen Fragen zu gelten und zum Ansehen der Lehrerschaft beizutragen.

Zur Bearbeitung dieses Schwerpunkts gehören zum einen der Bereich „Die GEW als Anbieterin von Fortbildung“ (siehe die Arbeitsschwerpunkte der Stellvertretenden Vorsitzenden unter Nr. 3), das bundesweite Fortbildungsprojekt Heterogenität (s. folgender Abschnitt), die Mitwirkung bei der Organisation und Durchführung der Konferenz „Profis für das Lernen – Qualität und Professionalität im Bildungswesen“ (2007) des Vorstandsbereichs Vorsitzender, zahlreiche öffentliche Beiträge sowie die Verbreitung und Diskussion der BI-Erklärung zum Professionellen Selbstverständnis. Als herausragende Aktivität zu Professionsfragen gilt auch, dass die GEW eine Teilnahme von GEW-Mitgliedern an einer Lehrerbefragung organisierte, zu der sich die Kultusministerkonferenz nicht bereit fand. Die internationale Lehrer- und Schulleitungsbefragung TALIS (Teaching and Learning International Study) ist die erste bedeutende OECD-Studie, die auch Lehrkräfte zu Wort kommen lässt zu ihrer täglichen Arbeit und ihrem Arbeitsplatz, zur Lehrerbildung, ihren Lehrmethoden und -überzeugungen, zur Beurteilung ihrer Arbeit, zum Feedback und der Anerkennung, die sie für ihre Arbeit erhalten. Die GEW führte die Befragung auf der Grundlage der TALIS-Fragebögen mit Zustimmung der OECD innerhalb der GEW-Mitgliedschaft in eigener Verantwortung durch.

2.1.6 Projekt Heterogenität

Der Gewerkschaftstag in 2001 hatte die GEW beauftragt, sich „um Kooperationspartner für ein bundesweites Fortbildungsprojekt Lehren und Lernen in heterogenen Lerngruppen“ zu bemühen. Nachdem insbesondere KMK und VBE nicht als Partner zu gewinnen waren, hat der Vorstandsbereich Schule viele eigene Aktivitäten entwickelt. So haben wir im Jahr 2005 im „Netzwerk Heterogenität“ (s. www.netzwerk-heterogenitaet.de) zahlreiche Expert/innen aus Wissenschaft, Verbänden, Fortbildung sowie Schulen zusammen geführt, die auf der Plattform Informationen, Fortbildungsangebote, Praxisanregungen, und gute Beispiele zum Umgang mit Heterogenität präsentieren.

Vor allem seitdem „individuelle Förderung“ – zumindest den offiziellen Verlautbarungen nach – in allen Bundesländern an Bedeutung gewonnen hat und in einigen Ländern die Zahl der Schulformen reduziert oder neue integrierte Schulformen eingeführt werden, ist der Bedarf an Fortbildung zum Thema enorm gestiegen. Der Ausbau des Fortbildungsangebots "Lehren und Lernen in heterogenen Gruppen" war für den Vorstandsbereich Schule ein zentrales Anliegen. Es ist entstanden aus unserer intensiven Kooperation mit dem internationalen Comenius-Projekt EU-Mail (s. www.eu-mail.info). Die im Rahmen dieses Projektes entwickelten Bausteine haben das Ziel, Kenntnisse der Lehrerinnen und Lehrer über individualisierendes Lernen in heterogenen Gruppen zu vertiefen und zu erweitern und ihre Umsetzung in der täglichen Arbeit zu unterstützen. Das Fortbildungsprojekt sieht die Verbreitung über die Schulung von MultiplikatorInnen sowie das Angebot der kompletten Bausteine an interessierte Abnehmer vor.

Im November 2007 wurde die zweite Staffel der Schulungsreihe „Vielfalt in der Schule: Heterogenität nutzen – individuell fördern“ abgeschlossen. Insgesamt haben 65 KollegInnen aus den Reihen der Landesverbände, der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sowie vereinzelt aus Landesinstituten die Schulung durchlaufen. Das Interesse an den Schulungen war so groß, dass viele Anmeldungen nicht berücksichtigt werden konnten. Die bundesweite Koordination der Fortbildungsangebote soll in Zukunft das Bildungs- und Förderungswerk (bfw) des DGB übernehmen, welches mit den ersten Landesverbänden bereits zusammen arbeitet. Einstweilen wird das Angebot bereits in vielen Landesverbänden im Rahmen der GEW-Fortbildung oder als schulinterne Fortbildung durch unser Schulungsteam umgesetzt. Teilweise wird das Schulungsteam auch von Landesinstituten angefragt, wie etwa in Sachsen.

Zentrales Ziel für die Zukunft ist die Verbreitung der Fortbildungen in den Landesverbänden. Zudem muss die „Betreuung“, Koordination und Qualifizierung der MultiplikatorInnen auch weiterhin gewährleistet sein. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die konzeptionelle Weiterentwicklung des Projektes. Zum einen gibt es einen erhöhten Bedarf an der Spezifizierung der Bausteine im Hinblick auf unterschiedliche Schulstufen, Schulformen und Fächer, zum anderen im Hinblick auf verschiedene Professionsgruppen (etwa Schulleitungen) und Benachteiligtengruppen (z.B. MigrantInnen).

Der Vorstandsbereich Schule hat im Rahmen einer großen Konferenz in 2006, mehrerer Workshops und öffentlicher Beiträge sowie durch die Website Heterogenität dem Thema eine große Beachtung auch weit über die GEW hinaus verschafft. An Produkten, die im Zusammenhang mit dem Projekt Heterogenität heraus gegeben wurden, seien beispielhaft das Buch „Lernen über Grenzen“ (heraus gegeben von Katrin Höhmann, Rainer Kopp, Heidemarie Schäfers und Marianne Demmer), die zahlreichen Materialien und Filme für den Gebrauch der MultiplikatorInnen sowie der von der GEW in Auftrag gegebene Film „Das können wir doch auch! Wie Schulen in Deutschland mit Heterogenität umgehen“ von Paul Schwarz genannt.

2.2 Aktuelle und weitere Themenschwerpunkte

2.2.1 Individuelle Förderung – „Fördern und Fordern“

Viele Eltern sind nicht zufrieden mit der Förderung an Schulen. Die Lehrkräfte fühlen sich nicht ausreichend vertraut mit der für eine Förderung nötigen Diagnose. Vielfach herrscht noch die Auffassung vor, individuelle Förderung sei nur die Aufgabe von Sonder-/Förderschulen und entsprechend ausgebildeten SonderpädagogInnen. Und: Viele Maßnahmen individueller Förderung finden nachmittags statt: Kultur, Sport, Sprachen, Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe – geleistet oder bezahlt durch die Eltern. Und nicht zuletzt weil die internationalen Leistungsvergleichsstudien dem Deutschen Schulwesen ein großes Defizit auf diesem Gebiet attestieren, haben mittlerweile alle Bundesländer die individuelle Förderung zumindest der Verlautbarung nach zum „Programm“ erhoben.

Dies sollte seinen Niederschlag finden in einer Gemeinsamen Erklärung von KMK und den Bildungs- und Lehrgewerkschaften. Nach langjährigen Verhandlungen haben sich die Diskussionspartner auf eine Erklärung verständigt, welche die GEW nur mit „Bauchschmerzen“ und unter dem Vorbehalt eines GEW-Zusatzvotums unterzeichnet hat. Hierin bringt die GEW zum Ausdruck, dass das traditionelle selektive deutsche Schulwesen teilweise in Konkurrenz zum Grundsatz individueller Förderung steht. Gleichwohl liegt in der konsequenten Verwirklichung des Prinzips „Fördern und Fordern“ in Schule und Unterricht eine der zentralen Herausforderungen auch für das bestehende Schulsystem. Die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler sowie das frühzeitige Erkennen ihrer Stärken und Schwächen sind dafür eine entscheidende Voraussetzung. Eine Weiterarbeit auf diesem Feld kann nunmehr darin bestehen, die Landesregierungen aufzufordern, die Gemeinsame Erklärung auch auf Landesebene zu ratifizieren und auf dieser Basis Kooperationsvereinbarungen zu gemeinsamen Projekten im Sinne der Vereinbarung zu beschließen, wie etwa die Reduzierung des Sitzenbleibens. Der Vorstandsbereich Schule hat im Zusammenhang mit der KMK-Fachtagung im März 2008 das Positionspapier „Sechs Punkte zur individuellen Förderung“ und einen umfangreichen Reader zum Thema erarbeitet sowie die begleitende Pressearbeit vorbereitet.

Das Prinzip der individuellen Förderung stößt indessen da an seine Grenzen, wo die Rahmenbedingungen nicht stimmen und selektive Strukturen ihm zuwider laufen. Diese Defizite müssen klar benannt werden, damit sich Politiker nicht auf ihren Ankündigungen ausruhen und den Lehrkräften und Einzelschulen die alleinige Verantwortung zuweisen können: zu wenig Zeit, zu große Lerngruppen, zu wenig Lehrpersonal, zu wenig zusätzliche Profis wie SozialpädagogInnen, SchulpsychologInnen oder HeilpädagogInnen, fehlendes differenzierendes Material, fehlende Fortbildungsangebote und eine unzureichende Vorbereitung in der Ausbildung können ein weiteres Mal dazu führen, dass ein richtiger und wichtiger Grundsatz nicht verwirklicht werden kann und die Selbstzweifel der Lehrkräfte verstärkt werden.

Im Prozess der Abkehr von einer selektiven Struktur hin zu einer konsequenten Orientierung an individueller Förderung spielt die Vorbereitung und Fortbildung der Lehrkräfte eine herausragende Rolle. Dabei gilt es, den Lehrkräften gegenüber deutlich zu machen, dass trotz der strukturellen Grenzen eine Förderorientierung in Schulen auch heute schon ihren festen Platz hat und langfristig zu einem Kräfte sparenden Arbeiten und zu einer höheren Berufszufriedenheit führen kann. So ist etwa der veränderte Blick auf die Lernenden als Subjekte des

eigenen Lernprozesses eine wichtige Grundlage für die individuelle Förderung. Dies war ein zentrales Ergebnis des von der GEW geförderten Projektes zum individualisierenden Lernen in heterogenen Gruppen (siehe Abschnitt 2.1.6). Es geht also um die pädagogische Grundhaltung und um die Veränderung von Unterricht und Lernkultur. Das Projekt macht zahlreiche gut umsetzbare Vorschläge hierzu.

2.2.2 Privatisierung

Die GEW setzt sich konsequent für die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung ein. Dazu gehört auch, eine (weitere) Deregulierung, Ökonomisierung und Privatisierung von Bildung abzuwehren und für eine öffentlich garantierte und finanzierte Bildung, für Chancengleichheit und sozialen Zusammenhalt sowie für einen umfassenden Bildungsanspruch einzutreten. Der Vorstandsbereich Schule hat sich – mit Unterstützung der Max-Traeger-Stiftung - zu diesem Themenbereich insbesondere durch die Initiierung und Herausgabe der Reihe Privatisierungsreport engagiert. Insgesamt sind vier Ausgaben unter Federführung des VB Schule erschienen. Ein Ziel der Reihe ist es, die verschiedenen Dimensionen und Gefahren von Privatisierung im Schulbereich aufzuzeigen und die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren. Die Themenpalette der Ausgaben reicht von Schul sponsoring, Lernpartnerschaften und Elternbeiträgen, über das Engagement von Stiftungen und Konzernen, Public-Private-Partnerships, Ein-Euro-Jobs im Schulbereich bis hin zur Problematik von Privatschulen und privaten Nachhilfeanbietern. Mit der Veröffentlichungsreihe haben die GEW-Positionen eine gute Verbreitung gefunden: Kein Rückzug des Staates aus der Bildung, keine Unterordnung der öffentlichen Bildung und der Pädagogik unter ökonomische und privatwirtschaftliche Interessen, keine Aushöhlung von Demokratie und Mitbestimmung, keine Abwertung pädagogischer Arbeit, keine Privatisierung öffentlicher Bildungskosten. Die Verbreitung wurde durch zahlreiche Präsentationen und Workshops – teilweise mit Unterstützung des Autors der Broschüren, Matthias Holland-Letz – unterstützt und hat große Beachtung in anderen DGB-Gewerkschaften wie auch in der allgemeinen Öffentlichkeit / Presse gefunden. Lediglich erwähnt seien an dieser Stelle zahlreiche weitere Zeitschriften- und Presse-Beiträge des Vorstandsbereichs Schule zum Thema.

2.2.3 Bildungsökonomie

Im Rahmen des politischen Kampfs gegen den Missbrauch oder die politische Instrumentalisierung von Daten der empirischen Bildungsforschung durch Regierungen und Bildungsökonomien hat der Vorstandsbereich Schule gemeinsam mit der Max-Traeger-Stiftung eine eigene bildungsökonomische Studie in Auftrag gegeben („Bildungsökonomie und Qualität der Schulbildung“. Von Gundel Schümer und Manfred Weiß). Die Expertise untersucht fünf Bereiche, denen Wirtschaftswissenschaftler besondere Aufmerksamkeit in ihren Analysen möglicher Einflussfaktoren auf Bildungsqualität widmen: die Klassengröße, die Form von Abschlussprüfungen (zentral / dezentral), Schulautonomie und Dezentralisierung, Schulwettbewerb, Privatschulen sowie den Zusammenhang zwischen institutionellen Rahmenbedingungen und Chancengleichheit. Die GEW hat durch die Expertise wertvolle Argumente für die Debatte über Schulqualität erhalten. Die Expertise stellt einen Beitrag zum Austausch zwischen Bildungsökonomie und den übrigen Bildungswissenschaften dar und trägt dazu bei, dass die Ergebnisse der Bildungsökonomie nicht ungeprüft zur Grundlage weit reichender Entscheidungen gemacht werden können. Die Studie wurde mit guter Resonanz in einem Pressegespräch vorgestellt und findet aufgrund einer englischsprachigen Zusammenfassung auch international Beachtung. Der Instrumentalisierung oder ideologischen Verwertung empirischer Daten entgegen zu wirken, sollte auch in Zukunft zu den gewerkschaftlichen Forschungsaufgaben gehören.

2.2.4 Schule und Arbeitswelt / Berufsorientierung

Bereits für die letzte Wahlperiode war zu berichten, dass die Gewerkschaften GEW, IG Metall, IG BCE und der DGB lokale Arbeitskreise „Schule und Gewerkschaften“ initiieren, um Schulreform und Schulpolitik vor Ort einen höheren Stellwert zu verleihen und die eigenen Mitglieder zu einem Engagement für eine bessere und gerechtere Schule zu ermuntern. Der DGB Bundeskongress 2006 hat das Projekt als bundesweites DGB-Projekt und einen Steuerkreis der beteiligten Einzelgewerkschaften beschlossen. Die GEW wird in diesem

Arbeitszusammenhang von Martina Schmerr vertreten. Die Ziele der Arbeitskreise bestehen darin, den Kontakt, die Diskussion und das Engagement zwischen Schulen und Gewerkschaften vor Ort zu fördern, Schulleben und schulische Inhalte mitzugestalten und auch schulpolitisch vor Ort wirksamer zu werden.

Koordiniert vom DGB beteiligen sich gegenwärtig die GEW, die IG BAU, die IG BCE, die IG Metall und ver.di an der gemeinsamen Initiative. Programmatisch orientieren sie sich an der „Einen guten Schule für alle“. Die Gewerkschaften unterstützen den Aufbau und die Arbeit örtlicher Arbeitskreise durch Materialien, Schulungen und Vernetzung. Gemeinsam bieten sie Seminare zu Fragen der Arbeitswelt und des Übergangs Schule / Beruf an. Die Angebote für Schulen und Lehrkräfte reichen vom Bewerbungstraining über Betriebserkundungen, Vermittlung von Kontakten und Unterrichtsangebote durch ehrenamtliche KollegInnen, Vertrauensleute und Betriebsräte, bis hin zu regionalen schulpolitischen Initiativen. Besonders gut angenommen wird zum Beispiel das Berufsplanspiel „Ready – Steady – Go“, das mittlerweile bundesweit Verbreitung findet. Eine Übersicht über die Arbeitskreise, Veranstaltungen und Materialien der Initiative findet sich unter www.schule.dgb.de.

Ein größeres Engagement der Gewerkschaften im Schulbereich ist zudem wichtig, weil gewerkschaftliche Positionen, differenzierte Sichtweisen der Sozioökonomie sowie viele Facetten des Arbeitslebens in Schulen vernachlässigt werden. Auf der anderen Seite haben das Engagement und der Einfluss von Unternehmen auf Schulen und die Kultusbürokratie in den letzten Jahren enorm zugenommen. Ob es um Unterrichtsmaterialien, Lehrpläne oder Ziele und Ausrichtung von Schule geht: die Wirtschaft hat hier eine gewichtige Stimme, der die Gewerkschaften etwas entgegenzusetzen müssen. Die beteiligten Gewerkschaften haben sich daher entschlossen, die gemeinsame Produktion gewerkschaftlicher Unterrichtsmaterialien zu verstärken und auch in der Lehrer/innenfortbildung aktiv zu werden. Die GEW und die IG Metall blicken bereits auf eine Tradition gemeinsamer Produktion von Unterrichtsmaterialien zurück. Vor allem die fruchtbare Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung hat nunmehr dieses Vorhaben sehr befördert. So hat der Steuerkreis Schule und Arbeitswelt in Kooperation mit der HBS drei Unterrichtsmaterialien zum Thema Mitbestimmung heraus gegeben (Themenhefte für die Sekundarstufe I, die Sekundarstufe II und für Berufsschulen jeweils mit virtuellen Angeboten). Weitere Unterrichtsmaterialien der Gewerkschaften zur Berufsorientierung und zu Schule/Arbeitswelt hat der Vorstandsbereich Schule unter http://www.gew.de/Unterrichtsmaterialien_2.html zusammen gestellt.

Innerhalb der GEW haben sich mehrere Bundesfachgruppen im Rahmen des **KAFGA-Projekts Lebensplanung, Arbeitswelt- und Berufsorientierung** ausgiebig mit der Thematik befasst. Auf die Arbeit der Projektgruppe gehen das gleichnamige Positionspapier sowie die viel beachtete Fachtagung „Zukunft in die Schule holen. Lebensplanung, Arbeitswelt- und Berufsorientierung“ im November 2008 zurück (siehe auch die gesonderten Beiträge der Fachgruppen zu diesem Geschäftsbericht).

2.2.5 Medien

Im Zusammenhang Schule und Medien vertritt die GEW die Position der Gleichwertigkeit so genannter alter und neuer Medien sowie einen umfassenden Begriff von Medienbildung und Medienkompetenz. Im Nachgang zum Gewerkschaftstag 2005 hat der HV den überwiesenen Antrag „Entschießung zum Einsatz von Computern in der Grundschule“ des Bundesfachgruppenausschusses Grundschule, an dessen Formulierung der VB Schule mitgewirkt hat, beschlossen. Im Beschluss werden die allgemeinen Beschlüsse zu Schule und Medien bestätigt, konkretisiert und für die Grundschule spezifiziert.

Der Vorstandsbereich hat sich in vielfältigen Zusammenhängen zum Thema geäußert. Vor allem in Folge der immer wiederkehrenden Diskussionen über jugendgefährdende Inhalte und Wirkungen auf das Sozialverhalten hat der Vorstandsbereich Schule zudem eine Broschüre heraus gegeben, die sich als Ratgeber für Lehrkräfte und Eltern sowie als möglicher Zugang zu einem wichtigen Teil der Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern versteht („Schöne neue Medienwelt. Ein Ratgeber für Eltern und Lehrkräfte“, 2008). Verwiesen sei an dieser Stelle auch auf die Kooperation mit der GEW-Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) und deren zahlreiche Beiträge und Praxismaterialien zum Thema.

Weitere Themen

Die Schwerpunkte Recht auf Bildung/Inklusion, Migration und Sprachförderung, Nachhaltigkeit sowie „GEW als Anbieterin beruflicher Fortbildung“ wurden unter Zuständigkeit der Stellvertretenden Vorsitzenden bearbeitet (siehe die Arbeitsschwerpunkte der Stellvertretenden Vorsitzenden unter Nr.3).

3 Arbeitsschwerpunkte der Stellvertretenden Vorsitzenden

3.1 Recht auf Bildung / Inklusion

Das Recht auf Bildung wird in Deutschland immer noch weitgehend gleichgesetzt mit dem Zugangsrecht zu Bildung, dem vermeintlich mit der bestehenden Schulpflicht genüge getan ist. Dass das Recht auf Bildung mittlerweile sehr viel weiter gefasst wird, dass Bildung frei von Diskriminierung sein soll und sich auf den gesamten Prozess des lebenslangen Lernens bezieht, ist in Deutschland noch nicht Allgemeingut. Der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz, hat im Jahr 2006 erstmalig die Bundesrepublik Deutschland bereist. Muñoz machte deutlich, dass er das Recht auf Bildung für Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder aus armen Familien, Kinder mit Behinderungen sowie für Flüchtlinge und für statuslos in Deutschland lebende Kinder nicht in vollem Umfang gewährleistet sieht. In seinem Bericht legte er der Bundesrepublik eindringlich nahe, das mehrgliedrige Schulsystem aus Haupt- Realschule und Gymnasium „zu überdenken“. Außerdem appellierte er, dass die Bundesregierung ihre Vorbehalte gegen die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen aufgeben solle und empfahl eine kostenlose vorschulische Bildung und Menschenrechtserziehung als Thema für alle Schulen und bei der Weiterbildung der Lehrkräfte. Dass Bildung nunmehr auch als Frage der Einlösung von Menschenrechten gesehen wird, qualifiziert die schulpolitische Debatte und stellt ein wertvolles Gegengewicht zu der allgemeinen von Ökonomie- und Effizienzgedanken getragenen Diskussion dar.

Das Recht auf Bildung in seiner nationalen und internationalen Dimension ist ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der GEW. Seit dem Besuch des UN-Sonderberichterstatters hat die Stellvertretende Vorsitzende die Diskussion um Bildung als Menschenrecht forciert. Die Reisen und Aktivitäten des Sonderberichterstatters wurden in Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden flankiert und unterstützt, etwa durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, öffentliche Beiträge und auch durch die von der GEW initiierten Auftritte von Muñoz im Rahmen des BI-Kongresses (2007) oder der Didacta (2008). In Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Kolleginnen aus dem Bereich Sonderpädagogische Berufe wurde zudem in 2006/2007 eine ausführliche Beantwortung der Konsultation des UN-Sonderberichterstatters zum Menschenrecht auf Bildung für Menschen mit Behinderungen zusammen gestellt und veröffentlicht.

Ein zweiter Schwerpunkt in diesem Themenbereich war die Vergabe von Expertisen zur Umsetzung des Rechts auf Bildung in Deutschland. Das erste dieser rechtswissenschaftlichen Gutachten von Poscher/Langer/Rux beleuchtet die Bedeutung internationaler Abkommen für die nationale Bildungspolitik und befasst sich speziell mit der Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BRK). Das Gutachten untersucht im Hinblick auf jedes einzelne Bundesland, inwieweit die schulrechtlichen Voraussetzungen für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen ins Schulsystem vorhanden sind und welchen Restriktionen sie durch die Rechtsprechung unterliegen. Das zweite Gutachten beschäftigt sich umfassender mit dem völkerrechtlichen Recht auf Bildung und seiner innerstaatlichen Umsetzung. Beide Gutachten wurden in Zusammenarbeit mit dem Vorstandsbereich Vorsitzender im Oktober 2008 in einem Kolloquium der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie haben eine besondere Aktualität im Hinblick auf die Ratifizierung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die wir – auch gemeinsam mit der BAG Gemeinsam leben - gemeinsam lernen –

öffentlichkeitswirksam begleiten.

Des Weiteren hat sich die GEW der Forderung der Kinderkommission des deutschen Bundestages, die Rechte von Kindern im Grundgesetz zu verankern und somit der Initiative „Kinderrechte ins Grundgesetz“ angeschlossen. Die Stellvertretende Vorsitzende hat überdies in der Fachdebatte – etwa im Rahmen parteipolitischer Fachtagungen - eigene Beiträge zum Thema Kinderrechte und das Bildungswesen beigesteuert.

Die Diskussion über das Menschenrecht auf Bildung bietet eine gute Möglichkeit für die GEW, eine nationale Debatte darüber anzustoßen, ob und wie die Bildungsstrukturen in Deutschland dazu geeignet sind, Benachteiligung, Diskriminierung und Marginalisierung zu verhindern. Auch gewinnen durch die hohe Publizität, die das Thema seit einiger Zeit hat, die GEW Forderungen nach baulich schwellenfreien Bildungseinrichtungen oder auch nach der Einlösung des Bildungsanspruchs von Flüchtlingen und so genannten statuslosen Kindern an Gewicht.

3.2 Migration und Sprachförderung

Seit einiger Zeit vollzieht sich bei den politisch Verantwortlichen ein Meinungswandel – hervorgerufen durch die Einsicht, dass die deutsche Wirtschaft aus demografischen und ökonomischen Gründen auf die eingewanderten Menschen angewiesen ist und dass Deutschland sich weltoffen und ausländerfreundlich zeigen muss, wenn es im weltweiten Wettbewerb um Hochqualifizierte mithalten will. Das Zusammenleben verschiedener Kulturen, Sprachen und Nationen als eine selbstverständliche Herausforderung moderner Gesellschaften sowie als kultureller, sozialer und ökonomischer Reichtum wird hingegen immer noch nicht hinreichend erkannt. In den öffentlichen Debatten – vor allem in Wahlkampfzeiten – wird Migration leider allzu oft als „Belastung“ oder „Bedrohung“ dargestellt. Zugleich attestierten der Nationale Bildungsbericht und die internationalen Vergleichsstudien dem deutschen Schulsystem ein besonders hohes Maß an Benachteiligung von Kindern und jungen Menschen mit Migrationshintergrund.

Zum einen bestand das Engagement der Stellvertretenden Vorsitzenden darin, die Befunde von Studien (zum Beispiel der OECD-Sonderauswertung von PISA-2003 zu Migration) zu kommentieren, für die Öffentlichkeit aufzubereiten und durch eigene Expertise zu qualifizieren sowie einem fremdenfeindlichen und ideologisch verzerrten Diskurs öffentlichkeitswirksam gegen zu steuern. Genannt seien hier etwa die GEW-Stellungnahmen zu Jugendgewalt (2008), der GV-Beschluss „Migration als Chance“ (2007) sowie das GEW-Sieben-Punkte-Programm anlässlich des Hilferufs der Rütli-Schule in Berlin (2006). Zum anderen waren die Stellvertretende Vorsitzende sowie die Referentin beteiligt an den offiziellen Beratungsprozessen zum Nationalen Integrationsprogramm und zum Nationalen Integrationsgipfel der Bundesregierung. Hier konnte sich die GEW mit eigenen Vorstellungen einbringen. Im Rahmen des Nationalen Integrationsprogramms wurde eine Stellungnahme zu Sprachförderung in Kindertagesstätten und Grundschulen erarbeitet, in der die Forderung nach einem ganzheitlichen, bildungsbereichsübergreifenden und durchgängigen Konzept der Sprachförderung untermauert wird. Dieses Papier wurde – zusammen mit dem GV-Beschluss „Migration als Chance“ sowie dem Beschluss des Bereichs Berufliche Bildung zu „Heterogenität und Migration als Chance der berufsbildenden Schule“ - in einer Broschüre („Migration als Chance“) veröffentlicht.

Im Rahmen des Integrationsgipfels haben Bund, Länder und Kommunen, Wirtschafts- und Sozialverbände, Migrantenorganisationen und Gewerkschaften mehr als hundert Selbstverpflichtungen abgegeben. Hiernach setzt sich die GEW etwa dafür ein, dass Lehrkräfte und andere Beschäftigte im Bildungsbereich, die Menschen mit Migrationshintergrund unterrichten, vergütungsrechtlich nicht schlechter gestellt und nicht diskriminiert werden dürfen und dass Fortbildungen im Umgang mit Heterogenität und zu interkulturellen Themen verbreitet angeboten werden. Sie leistet ihren Beitrag dazu, dass die Inhalte der UN-Kinderrechtskonvention und des Nationalen Aktionsplans für ein kindgerechtes Deutschland umgesetzt werden, insbesondere im Kontext des Rechts auf Bildung, und sie setzt sich insbesondere für das Recht auf Bildung für die jungen Menschen mit

Duldungsstatus oder ohne Aufenthaltsrecht ein. In diesem Zusammenhang sind wir besonders dankbar für die ehrenamtliche Unterstützung durch Ursula Herdt, vormals Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands.

Im Einklang mit der BI-Erklärung zum Professionellen Selbstverständnis begreift es die GEW als ihre Pflicht, Rassismus und Diskriminierung zu bekämpfen und für ein Bildungswesen einzutreten, in dem Respekt, Würde, Wertschätzung, Solidarität, Kollegialität, Gemeinschaft, Gleichberechtigung, Demokratie, Teilhabe und Inklusion zu Leitkategorien werden, die in der Praxis jeder Einrichtung gestärkt werden müssen.

3.3 Bildung für nachhaltige Entwicklung / Globales Lernen

Vor dem Hintergrund weltweiter Entwicklungen, Herausforderungen und Gefahren, die durch Armut, Umweltprobleme und einen ungezügelter Kapitalismus drohen, spielen die Vorgaben des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung eine besonders wichtige Rolle. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen sind zentrale Schlüssel für die politische Gestaltung des Globalisierungsprozesses und einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Bei BNE handelt es sich um ein ganzheitliches Bildungskonzept, das nicht einzelnen Bildungsbereichen und -phasen, Disziplinen oder Schulformen vorbehalten sein kann. Alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen müssen die Kompetenzen erwerben können, die ihnen ein Verständnis von den Wechselwirkungen zwischen der lokalen Lebenswelt und globalen Prozessen ermöglichen und die Grundlage für soziales und gesellschaftspolitisches Engagement sind.

Aus gewerkschaftlicher Perspektive sind die folgenden inhaltlichen Schwerpunkte im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung besonders wichtig: Bildung für alle verwirklichen, Globalisierung gerecht gestalten, Erhalt der natürlichen Ressourcen, kulturelle Vielfalt schützen und interkulturelle Verständigung fördern, Frieden sichern und Konflikte gewaltfrei bearbeiten, Armut bekämpfen, Solidarität und zivilgesellschaftliche Verantwortung lokal und international stärken, umfassender Erhalt und Stärkung von Arbeitnehmerrechten, Stärkung der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit.

Die GEW empfiehlt unter anderem die Einrichtung von Lehrstühlen für Globales Lernen sowie die Verankerung des Themas in der Aus- und Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen und betont, dass BNE und Globales Lernen nicht nur eine Frage der Lerninhalte und Methoden sind: Das gesamte Lernumfeld, die Organisationsformen, die räumliche Gestaltung müssen Bildung für nachhaltige Entwicklung / Globales Lernen unterstützen. So stehen etwa Gebäude mit schlechter Energiebilanz, ein ausgrenzendes Schulsystem sowie Zeit- und Leistungsdruck im Widerspruch zur Philosophie der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

In Zusammenarbeit mit dem Vorstandsbereich Jugendhilfe und Schule hat die Stellvertretende Vorsitzende eine GEW-AG Globales Lernen/Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) auf Bundesebene initiiert, die ein Positionspapier zur UN-Dekade formuliert hat (siehe www.gew.de, Bereich Schule/Nachhaltigkeit). Die GEW ist überdies in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe vernetzt mit der UN-Dekade BNE: Sie ist Mitglied beim „Runden Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ sowie in den Arbeitsgruppen zu den Bereichen Schule und Kindertagesstätten. Sie präsentiert sich auf dem BNE-Portal mit zahlreichen Aktivitäten und Materialien und wird auf der UNESCO Weltkonferenz BNE im April 2009 vertreten sein. Auf den Web-Seiten der GEW wurde ein Themenschwerpunkt Nachhaltigkeit eingerichtet. Unter „Unterrichtsmaterialien“ wurden zahlreiche Portale und Materialien für die schulische Praxis zusammen gestellt. Die Schwerpunktausgabe der E&W (6/2008) zum Thema wurde engagiert mitgestaltet.

3.4 GEW als Anbieterin beruflicher Fortbildung

Seit dem letzten Gewerkschaftstag wird verstärkt über die Rolle der GEW für die Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen diskutiert. Die GEW sieht einen steigenden Bedarf an Fortbildungsangeboten für die pädagogischen Berufe: Zum einen ziehen sich der Staat und die öffentlichen Arbeitgeber immer stärker aus der

beruflichen Fortbildung für pädagogische Berufe zurück. Gleichzeitig steigt aber der Bedarf an qualifizierten Fortbildungen aufgrund bildungspolitischer Entwicklungen und Entscheidungen (z. B. größere Selbständigkeit der Einzelschule, Unterrichts-, Schul- und Qualitätsentwicklung, Kindertagesstätte als Lernort...).

Der Hauptvorstand hat im Juni 2006 als zweiten Schwerpunkt der Organisationsentwicklung „die Koordinierung und Weiterentwicklung des beruflichen Fortbildungsangebotes der GEW“ beschlossen. Folgende Einzelmaßnahmen waren Teil des Beschlusses: die Einrichtung einer Website auf der Homepage der GEW, die Verbreitung der Fortbildungsangebote in den Landesverbänden sowie die Entwicklung aktueller und attraktiver Fortbildungsangebote, die von verschiedenen Kooperationspartnern angeboten werden (Landesverbände, Stadtverbände, gb@, BFW...). Der Beschluss war Ergebnis eines Diskussionsprozesses über die Rolle und Position der GEW zur beruflichen Fortbildung, der im Rahmen zweier bundesweiter Workshops in 2004 und 2005 durch den Vorstandsbereich Schule initiiert worden war. Dabei spielten stets die Weiterentwicklung eines gemeinsamen beruflichen Selbstverständnisses der pädagogischen Berufe, der mögliche Image-Gewinn für die GEW und die Potenziale für die Mitgliederwerbung und –bindung durch professionsspezifische Fortbildungsangebote eine zentrale Rolle.

Die GEW wird sich also in Zukunft auf dem Gebiet der beruflichen Fortbildung verstärkt engagieren. Zum einen sollen Fortbildungsangebote zu zukunftsweisenden Themen entwickelt werden und zum anderen soll den GEW-Mitgliedern und anderen Interessenten ein optimaler Überblick darüber gegeben werden, welche Fortbildungen in den jeweiligen Landesverbänden angeboten werden und welche weiteren interessanten Fortbildungsmöglichkeiten es gibt. In diesem Sinne präsentiert sich die GEW als Anbieterin beruflicher Fortbildung mittlerweile auf www.gew.de. Ziel des bundesweiten GEW-Projektes zur Fortbildung, dem die Modellprojekte des Bereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit (Inklusion, Bildungsbuch, Schulsozialarbeit) sowie das Projekt Heterogenität des Bereichs Schule zuzurechnen sind, sind qualitativ hochwertige Fortbildungsangebote mit überregionaler Themenstellung für verschiedene Bildungsbereiche, deren Angebote sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten und den Grundwerten der GEW orientieren. Sie sollen nach Möglichkeit dem Bedarf einen Schritt voraus sein und Themen und Norm setzend wirken. Nach dem bewährten Modell des Fortbildungsprojekts Heterogenität (siehe Abschnitt 2.1.6 dieses Berichts) sollen daher in Zukunft weitere Themen für eine GEW-Fortbildungsinitiative exploriert und konzipiert werden (z.B. Globales Lernen/Nachhaltigkeit; Interkulturelle Bildung; Schule und Arbeitswelt).

4 Vorstandsbereichsübergreifende und sonstige Themen und Aktivitäten

- **Jugendhilfe und Schule**

Die Arbeitsbeziehungen zwischen den Bereichen Schule und Jugendhilfe / Sozialarbeit wurden auf der Basis der gemeinsamen Beschlusslage und Leitgedanken produktiv und kooperativ fort geführt. Insbesondere durch die Dynamik der Ganztagsschulentwicklung und des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Schule haben sich Anknüpfungspunkte für eine Kooperation ergeben, konkret in dem Feld „Gemeinsame PädagogInnenausbildung“ und bei der Frage der Gestaltung der Ganztagschule als Arbeitsplatz verschiedener Professionen.

- **Lehrer/innenbildung / Gemeinsame PädagogInnen-Ausbildung**

Das Thema Lehrer/innenbildung wird weiterhin vom Vorstandsbereich Hochschule und Forschung koordiniert. Der Vorstandsbereich Schule bringt sich etwa im Rahmen der GEW-Projektgruppe Lehrer/innenbildung ein. Zum Thema „Gemeinsame Pädagog/innen-Ausbildung“, das vom Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit koordiniert wird, hat der Vorstandsbereich Schule eigene Beiträge im Rahmen einer Fachtagung und

Dokumentation geleistet. Die Themen Bachelor/Master und Gemeinsame Pädagog/innenbildung waren zudem Gegenstand der Beratungen der AG 2/3 des Vorstandsbereichs Schule. Des weiteren stellte in dieser Wahlperiode das Thema „GEW als Anbieterin beruflicher Fortbildung“ einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt dar (siehe Geschäftsbericht des Vorstandsbereichs Stellvertretende Vorsitzende).

- **Arbeitsplatz Schule**

Die meisten schulpolitischen Konzepte wie etwa die „Selbstständige Schule“ oder die Einführung von Gemeinschaftsschulen sind von Fragen der Arbeitsplatzgestaltung nicht zu trennen. Der Vorstandsbereich Schule befasst sich damit in der Regel als integrativer Teil der jeweiligen Problematik. An dieser Stelle sei jedoch gesondert auf spezielle Einzelaktivitäten hingewiesen, die von unmittelbarer Alltagsrelevanz sind: Die Mitgliederumfrage und Veröffentlichung einer Handreichung zum Internet-Mobbing, die mit einer Auflage von 18.000 Exemplaren eine sehr große Verbreitung erfahren hat, die aktive Mitarbeit an einem Film über Lehrkräfte zur Tarifrunde 2009, die Unterstützung des Films „Stimm dich ein“ zum professionellen Umgang mit der Sprechstimme im Lehrberuf sowie die GEW-Umfrage auf der Basis der TALIS-Studie der OECD zu Fragen der alltäglichen Arbeit und des Arbeitsplatzes von Lehrkräften.

- **Internationale Aufgaben und Aktivitäten**

Angesichts der Globalisierung und Internationalisierung von Bildung ist die Vertretung und Präsenz der GEW im Bereich internationaler Bildungspolitik und Bildungsberichterstattung von zentraler Bedeutung. Zum Beispiel begleitet der Vorstandsbereich Schule regelmäßig die internationalen Bildungsberichte und Leistungsvergleiche zeitnah und intensiv durch Pressearbeit, Analysen, Stellungnahmen und Informationen für die FunktionärInnen und die Öffentlichkeit. Zum anderen hat der Vorstandsbereich selbst Veranstaltungen internationalen Charakters initiiert wie etwa die Auftritte von Vernor Muñoz im Rahmen des BI-Kongresses 2007 oder der Didacta 2008. Zudem vertritt der Vorstandsbereich Schule – neben den Vorstandsbereichen Berufliche Bildung und Weiterbildung sowie Hochschule und Forschung – die GEW im TUAC, dem Trade Union Advisory Committee bei der OECD. Hier kann die GEW gemeinsam mit anderen Bildungsgewerkschaften z.B. Kritik an Kommerzialisierungs- und Privatisierungsinteressen innerhalb der OECD oder an der Beschränktheit des Humanressourcen-Ansatzes einbringen. Zu den internationalen Aktivitäten gehört auch die kritische Aufarbeitung der Rezeption internationaler empirischer Studien, wie sie etwa im Rahmen der MTS-Studie „Bildungsökonomie und Qualität der Schulbildung“ (siehe Abschnitt 2.2.5) sowie im Rahmen der wissenschaftlichen Fachtagung „Die (Un)Abhängigkeit von Wissenschaft – Politik – Medien“ anlässlich des 100. Jahrgangs der Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ erfolgt ist.

Ein zweites Aufgabenfeld in der internationalen Bildungspolitik ist die GEW-Vertretung im Rahmen der Gremien, Strukturen und Veranstaltungen von EI / ETUCE. Zu nennen sind hier die Mitwirkung beim BI-Weltkongress, die Mitgliedschaft im Vorstand der EI-Research-Foundation (Forschungsstiftung der Bildungsinternationale), die Mitwirkung im EI-Research-Network (Forschungsnetzwerk der Bildungsinternationale), die Vertretung bei verschiedenen „Round Tables“ der ETUCE sowie die Bearbeitung von statistischen Erhebungen und Konsultationen durch EI / ETUCE. Schließlich gehören zu den internationalen Aktivitäten des Vorstandsbereichs Schule noch die Teilnahme an internationalen Gewerkschaftsdelegationen (z.B. Weltsozialforum, Nicaragua-Delegation) und die Vertretung der GEW bei Veranstaltungen ausländischer Partnergewerkschaften.

5 GEW-interne Zusammenarbeit, Außenvertretungen, Kooperationsbeziehungen

Der Vorstandsbereich Schule pflegt insbesondere zu den Abteilungen Vorsitzender, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Angestellten- und Beamtenpolitik, Jugendhilfe und Sozialarbeit sowie Hochschule und Forschung enge Arbeits- und Kooperationsbeziehungen. An dieser Stelle richten wir unseren Dank an alle Beteiligten für die gute Zusammenarbeit.

Dreimal im Jahr richtet Vorstandsbereich Schule die Sitzungen der AG 2 / AG 3 aus. Die AG 2 besteht aus den Vorsitzenden der Bundesfachgruppenausschüsse, die AG 3 aus den gewählten Vertreter/innen des Bereichs Schule der GEW Landesverbände sowie den für Schulpolitik zuständigen hauptamtlichen Referent/innen. Als ständige Gäste nehmen zudem je eine Vertreterin des Bundesfrauenausschusses (BFA) und des Bundesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten (BAMA) teil. Aufgaben und Funktion dieser Treffen bestehen im Informationsaustausch und der Meinungsbildung zu schul- und bildungspolitischen sowie zu innergewerkschaftlichen Fragen und in der Koordination der Schulpolitik der GEW Landesverbände.

Der Vorstandsbereich betreut sieben schulische Bundesfachgruppenausschüsse organisatorisch und logistisch, kooperiert inhaltlich und nimmt teilweise an den Sitzungen und Meinungsbildungsprozessen der Fachgruppen teil. Die Koordination der Bundesfachgruppen gestaltet sich etwas schwieriger, seitdem die jährliche gemeinsame Tagung aller Gruppen eingestellt worden ist. Gleichwohl arbeiten einige der Gruppen untereinander regelmäßig zusammen, etwa indem sie dazu übergegangen sind, ihre Sitzungsorte, –termine und –themen gemeinsam zu koordinieren.

Des Weiteren sind dem Verantwortungsbereich des VB Schule die AG Jugendliteratur und Medien (AJuM) sowie die Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ (DDS) zugeordnet, an deren Sitzungen der Vorstandsbereich nach Bedarf teilnimmt. Insbesondere mit der DDS, die eine personelle Erneuerung der Redaktion wie auch einen Verlagswechsel vollzogen hat, war die Kooperation in dieser Wahlperiode sehr intensiv. Mit einer gemeinsamen Fachtagung anlässlich des 100. Jahrgangs der DDS am 30. Mai 2008 in Mainz und der Konstituierung eines Beirats hat die GEW die „traditionsreiche Dame DDS“ in ihr zweites Jahrhundert überführt und somit den Wandel zu einem neuen Konzept erfolgreich eingeleitet. Des Weiteren sei auf die gesonderten Geschäftsberichte von AJuM und DDS verwiesen. Überdies ist der Vorstandsbereich Schule maßgeblich für die GEW-AG Globales Lernen/Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) verantwortlich und in der AG Bildungsfinanzierung (Vorstandsbereich Vorsitzender) und der Projektgruppe Lehrer/innenbildung (Vorstandsbereich Hochschule und Forschung) vertreten.

Die Stellvertretende Vorsitzende vertritt die GEW im Gewerkschaftsrat der SPD sowie im Vorstand der EI-Research-Foundation (Forschungstiftung der Bildungsinternationale) sowie im EI-Research-Network (Forschungsnetzwerk der Bildungsinternationale). Eine Übersicht aller Vertretungen und Kooperationen kann auf www.gew.de (Startseite Schule) eingesehen werden. Gleiches gilt für die Veranstaltungen und Publikationen dieser Wahlperiode.

6 Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen, Informationen und Veranstaltungen

Die Liste der Themen, auf die im Alltagsgeschäft stets und schnell in Form etwa von Interviews, Zeitschriftenbeiträgen oder schriftlichen Statements direkt reagiert werden muss, ist lang und würde den vorhandenen Raum sprengen. Kaum weniger zeitaufwändig ist die Bearbeitung der zahlreichen Anfragen von GEW-Gliederungen, einzelnen Kolleg/innen sowie aus Wissenschaft und Presse. Eine Übersicht der detaillierten

Positionen, der Flyer und Broschüren sowie anderer Produkte kann auf www.gew.de (Schule/Startseite) eingesehen werden.

In Zusammenarbeit mit der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat sich der Vorstandsbereich regelmäßig durch Pressemitteilungen und E&W-Artikel zu Wort gemeldet. Er ist Teil der Redaktionsgruppe des Spartenmediums „START – Zeitung für junge Lehrkräfte“. Im Rahmen der GEW-internen Kommunikation und Information verbreitet der Vorstandsbereich Schule regelmäßig so genannte DOKs (Dokumente) zu schul- und bildungspolitischen Fragen. Zudem beliefert der Vorstandsbereich Schule GEW-Gremien wie auch GEW-externe Fachkreise mit der Reihe PISA-INFO. Das PISA-INFO ist ein weit über die GEW hinaus beachteter Informationsdienst über Vergleichsuntersuchungen, Qualitätsdebatte, Schulstruktur und entsprechende Pläne der beteiligten Institutionen wie der OECD und der KMK. Zur Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung gehören auch die umfangreichen Themenseiten im Internet sowie externe Websites. Zu nennen sind hier die Seiten des GEW-Netzwerks Heterogenität oder auch die temporäre Aktionsseite <http://www.aufruf-eineschule.de/> zur Unterstützung des Hamburger Volksbegehrens „Eine Schule für alle“.

Verwiesen sei an dieser Stelle auch auf "Die Deutsche Schule. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis" (DDS), die Zeitschrift „k|j|l|m. Forschung.schule.bibliothek“ (ehemals „Beiträge Jugendliteratur und Medien“) sowie die „Materialien Jugendliteratur und Medien“. Die DDS und die AG Jugendliteratur sind dem Vorstandsbereich Schule zugeordnet und arbeiten mit diesem zusammen. Beide Gruppen sind in diesem Geschäftsbericht mit eigenen Berichten vertreten.

Auf eine Übersicht der Veranstaltungen in Verantwortung des Vorstandsbereichs Schule wird an dieser Stelle verzichtet. Sie kann unter www.gew.de (Schule/Startseite) eingesehen werden.

7 Aufgabenschwerpunkte der nächsten Wahlperiode

Es ist absehbar, dass sich die Aufgaben der nächsten Wahlperiode für den Vorstandsbereich Schule nicht prinzipiell ändern werden, allerdings ist beabsichtigt, die Akzente etwas anders zu setzen: Die Lehrerpolitik soll (in Anschluss an TALIS) ein größeres Gewicht bekommen. Wichtige Themen sollen die Professionsentwicklung, die Fort- und Weiterbildung sowie die Lern- und Arbeitsbedingungen (Mitgliederwerbung als Nachwuchsförderung) in Abhängigkeit und im Zusammenhang der schulpolitischen Entwicklungsprozesse sein.

Schulpolitische und schulstrukturelle Fragen – das Recht auf Bildung, Inklusion und die Eine Schule für alle - werden vermutlich ihre Dynamik behalten und sich Demografie bedingt stärker auf die regionale und lokale Ebene verlagern. Absehbar sind zudem Auseinandersetzungen um Sinn und Unsinn der Qualitätspolitik der Kultusministerkonferenz (KMK). In der nächsten Wahlperiode – die PISA-Studien feiern 2010 ihren zehnten Geburtstag – wird sich zeigen, ob erkennbare Verbesserungen bei Leistung und Chancengleichheit feststellbar sind. Ein Abwehrkampf gegen die zunehmende Kommerzialisierung und Privatisierung des Schulbereichs ist absehbar.

Schließlich soll die Frage, was und wie in den Schulen gelehrt und gelernt wird, aus Schülerperspektive ebenfalls stärker gewichtet werden. Kompetenzbasiertes Lehren und Lernen – der neue Trend - hat eine veränderte Perspektive in Bezug Lehr-/Lernprozesse zur Folge und kann einer unverbundenen Stoff- und Faktenhuberei entgegenwirken. Allerdings können auch Kompetenzen nur in Verbindung mit Zielen, Inhalten und Tätigkeiten erworben werden. Je interessanter und überzeugender die Lernarrangements für Kinder und Jugendliche sind, um so erfolgreicher gestaltet sich der Kompetenzerwerb. Partizipation und demokratische Strukturen sind wichtige Voraussetzungen, damit die Lernenden Akteure der eigenen Lernprozesse werden.